



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 03.03.2016, 17:04 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1

Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg  
- Investitions-Kapazitäts-Steuerung (INKAS) im  
Baubereich. Stand 01/2016

Vorl.Nr. 050/16

---

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf:

Der Bericht zu den Maßnahmen des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft erfolgt durch Herrn **Weißer**.

Frau **Barnert** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) berichtet über die Sanierung der Fachklassenräume im Mörike-Gymnasium.

Anschließend berichtet Frau **Schmidtgen** über die Maßnahmen des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen.

Stadtrat **Braumann** erwähnt die strake Vermüllung im Bereich des Marstall Center. Zudem habe er erfahren, dass die Müllstandorte in der Kronenstraße problematisch seien. Er bittet um eine Einschätzung und Erklärung der Verwaltung zu diesem Thema. Stadtrat Braumann spricht auch den Grundschulanbau in der Gartenstraße an und möchte wissen, wie der Stand bei den Verhandlungen mit den Nachbarn sei. Nach Einschätzung von Stadtrat Braumann sei man bei der Durchführung der Maßnahmen im Mörike-Gymnasium auf einem guten Weg. Diese Rückmeldung haben auch die Schule und der Förderverein gegeben. Das Thema Bauinvestitionscontrolling wird von Stadtrat Braumann ebenfalls angesprochen. Er erinnert daran, dass die CDU-Fraktion zu diesem Thema den Antrag Vorl.Nr. 503/15 eingebracht habe. Laut Antrag sollen nach dem Ausscheiden von Herrn Springer künftig externe Fachbüros mit dem Bauinvestitionscontrolling beauftragt werden. Stadtrat Braumann erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand dieses Antrags.

Stadträtin **Dr. Knoß** nimmt Bezug auf die Beschwerden im Mörike-Gymnasium und betont die Wichtigkeit von guten Absprachen und guter Kommunikation zwischen Schule und Verwaltung.

Stadträtin **Liepins** bittet darum, künftig nicht über jede Renovierungsmaßnahme in städtischen Gebäuden ausführlich unterrichtet zu werden. Das würde die Mitglieder des Ausschusses überfordern. Bezug nehmend auf die geäußerte Unzufriedenheit des Mörike-Gymnasiums mit dem Ablauf der Arbeiten sagt sie, dass eine gute Kommunikation zwischen Verwaltung und Schulleitung sehr wichtig sei. Das bedeute jedoch nicht, dass die Verwaltung auf jeden Wunsch der Schule reagieren müsse.

Stadtrat **Rothacker** bemerkt, dass die Stadtverwaltung bei jeder Baumaßnahme Finanzmittel in Höhe von 10% für Unvorhergesehenes einplant. Das Thema „Baustandards“ sei für die Fraktion

---

der Freien Wähler nach Aussage von Stadtrat Rothacker noch nicht geklärt. Er erinnert daran, dass die Fraktion eine Sondersitzung zu den Baustandards beantragt hatte und stellt erneut mündlich diesen Antrag. Stadtrat Rothacker nimmt zudem Bezug auf den Reithausplatz und fragt, ob dort eine Straßenbeschilderung und ein Parkautomat platziert werden könnten, um das Parkverhalten der Besucher und Anwohner zu regeln.

Stadträtin **Burkhardt** sagt, dass sich die Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen und Schulen in den letzten Jahren stark geändert haben. Das wirke sich auch auf die Baumaßnahmen aus. Zu der angesprochenen Kommunikation zwischen der Schule und der Verwaltung bemerkt Stadträtin Burkhardt, dass sich Kommunikation nicht nur einseitig abspiele, sondern von beiden Seiten gewollt und praktiziert werden müsse. Auch sie bittet darum, künftig den Ausschuss nicht über jedes Detail bei Baumaßnahmen im Hoch- und Tiefbaubereich zu informieren. Stadträtin Burkhardt sagt, dass der BUND, Ortsverband Ludwigsburg, der Stadt eine Linde als Spende für die Alt-Württemberg-Allee angeboten habe. Sie bittet darum, den Baum nun zu pflanzen.

Stadtrat **Link** fragt, ob für die Baumaßnahmen zur Umnutzung der Obdachlosenunterkunft in der Teinacher Straße einheimische Firmen angeschrieben wurden.

Auf die Fragen antwortend sagt BM **Ilk**, dass die Müllproblematik im Marstall Center tatsächlich beunruhigende Ausmaße erreiche. Aus diesem Grund habe er bereits Gespräche mit den Anwohnern geführt. Man habe darüber nachgedacht, die Mülltonnen auf private Grundstücke zu verbergen. Die Verwaltung müsse diesen Vorschlag nochmal intensiv prüfen. BM Ilk ist jedoch optimistisch, dass eine gute Lösung gefunden werden könne. Bei der starken Vermüllung in der Kronenstraße handle es sich um private Grundstücke. Dennoch habe die TDL einige Male den Müll abgeholt. Das hat jedoch den Effekt der Vermüllung an dieser Stelle eher verstärkt als abgeschwächt. Der Fachbereich Sicherheit und Ordnung sei mittlerweile ebenfalls eingeschaltet worden und werde auf die Privateigentümer dort zugehen. Bezüglich des Grundschulanbaus in der Gartenstraße sagt BM Ilk, dass Herr Sachse ihm bestätigt habe, dass das Ingenieurbüro Henke aus Stuttgart noch mit der Erstellung des Gutachtens beschäftigt sei. Bis Ende März soll das Gutachten abgeschlossen werden und anschließend eine Grundlage für die weitere Diskussion bieten.

Das Thema Bauinvestitionscontrolling möchte BM **Ilk** gemeinsam mit den Baustandards in einer Sondersitzung besprechen. Er gibt zu bedenken, dass die Beauftragung eines externen Büros zusätzliche Kosten verursachen würde und nicht mit einer kontinuierlichen Begleitung der Projekte verbunden wäre. Zur Parksituation auf dem Reithausplatz habe BM Ilk mit dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung gesprochen und auch einen vor Ort Termin vereinbart. Das Ergebnis dieser Prüfung werde er den Ausschussmitgliedern bekannt geben.

Herr **Weißer** informiert ergänzend, dass der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft insgesamt 350 Gebäude betreut. Immer ein Jahr zuvor werde die Budget- und Arbeitsplanung für das Folgejahr gemacht. Herr Weißer macht klar, dass Wünsche immer innerhalb eines bestimmten Verfahrens ablaufen. Das bedeute, wenn die Pädagogen in der Schule im Laufe des Jahres einen bestimmten Wunsch äußern, dann werde dieser über das Schulamt eingespeist. Anschließend bewerte die Stadtverwaltung, ob sie die gewünschte Leistung erbringen könne und diese es wert sei, erbracht zu werden. Nach Aussage von Herrn Weißer sei es schwierig, wenn Wünsche im laufenden Jahr geäußert werden, Leute sofort von einem Verfahren ins andere abziehen.

Im Mörike-Gymnasium habe es sich um eine kleinere planbare Reparaturmaßnahme gehandelt,

die zu einer großen ausgewachsen sei. Herr Weißer erklärt auch wie die Budgets geplant werden.

TOP 1

Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg  
- Investitions-Kapazitäts-Steuerung (INKAS) im  
Baubereich. Stand 01/2016

Vorl.Nr. 050/16

---

Zu der angesprochenen Maßnahme in der Teinacher Straße sagt er, dass sie schnell umgesetzt werden musste. Ansonsten werden bei jeder Vergabe zwei bis vier Anfragen gemacht. Ein Drittel der angefragten Firmen kämen aus Ludwigsburg.

Auf Anfrage von Stadtrat **Braumann** berichtet Frau **Schmidtgen**, dass bezüglich der Maßnahme in der Comburgerstraße bereits zwei Bürgerinformationsveranstaltungen durchgeführt wurden. Danach habe man jeweils die Planung angepasst. Die Verwaltung sei aktuell mit der Erstellung einer Vorlage zu dieser Maßnahme beschäftigt. In einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt werde die Planung vorgestellt, damit noch in diesem Jahr mit den Arbeiten begonnen werden könne.

Frau **Schmidtgen** verspricht zudem sich über die Pflanzung der Linde zu erkundigen und Stadträtin **Burkhardt** Rückmeldung zu geben.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt den Bericht des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft sowie den Bericht des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen im Rahmen der Investitions- und Kapazitätssteuerung zur Kenntnis.

Beratungsverlauf:

Siehe Ausführungen unter Punkt 2.1 und 2.2.

Beratungsverlauf:

Herr **Linder** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) stellt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die Ergebnisse der „Planwerkstatt Wohlfühlbahnhof“ zur Neugestaltung des ZOB als Mobilitätsdrehscheibe in der Stadt und zur Weiterentwicklung des Gebiets „Bahnhofareal“ vor.

Anschließend eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Wenn im Laufe der Zeit der Sachverhalt etwas weiter vorangeschritten sei, sollte die Verwaltung nach Meinung von Stadtrat **Noz** eine Gesamtinformationsveranstaltung für den Gemeinderat anbieten. Dabei sollte sie mehrere machbare Lösungen vorschlagen. Anschließend könnte man erneut in die Beratung gehen. Auch eine Klausursitzung zu diesem Thema könnte sich Stadtrat **Noz** vorstellen. Die erstellte Broschüre zur Planwerkstatt findet er gelungen. Dennoch sollte die Verwaltung alle möglichen Lösungsansätze sowie alle Vorteile und Nachteile zusammentragen und einen Gesamtüberblick des Projekts mit einer Vorlage geben.

Laut Stadtrat **Gericke** seien in der Nachbetrachtung der Planwerkstatt zwei Punkte wichtig: Der erste Punkt betreffe die künftige Stadtbahn. Bislang werde von einer Hochflurvariante in Zusammenhang mit der Neugestaltung des ZOB gesprochen. Eine Niederflurvariante fehle. Wenn aber die Niederflurvariante den Vorteil mit sich bringe, dass die Busse die Bahnsteige mitbenutzen können, dann sollte dieser Vorteil zu Papier gebracht und deutlich kommuniziert werden. Der zweite Punkt betreffe die Querung der Bahnlinie. In der Präsentation sei bereits deutlich dargestellt worden, wie wichtig eine Querung im südlichen Teil des ZOB und des Bahnhofs rüber zur Weststadt sei, und zwar nicht nur als Querung, sondern auch als zusätzliche Erschließung der Gleise. Stadtrat **Gericke** bittet darum, sich nicht nur auf einen Franck-Steg festzulegen, sondern sich auch Gedanken über eine Franck-Unterführung zu machen. Auch Stadtrat **Gericke** vertritt die Meinung, dass alle Entscheidungsfragen in eine Vorlage zusammengefasst werden sollten. Zudem sollte man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und alle verkehrlichen Aspekte in diesem Bereich in Relation zu einander bringen und miteinander bedenken.

Stadträtin **Liepins** ist der Meinung, dass alle weitere Planungen im Bereich Bahnhof, egal ob es sich dabei um den Busbahnhof, den Fahrradparkplatz, den Taxistand oder die Myliusstraße handle, erst dann endgültig festgelegt werden können, wenn geklärt sei, ob eine Stadtbahn errichtet werde und nach welchem System. Wenn das geklärt wäre, fände sie einen städtebaulichen Wettbewerb angemessen. Stadträtin **Liepins** befürchtet jedoch, dass die Entscheidung über die Stadtbahn nicht in Kürze getroffen werden könne.

Auch Stadtrat **Rothacker** ist nicht davon überzeugt, dass das Projekt im Jahr 2019 fertiggestellt

---

sein werde. Die Prämisse hierfür sei ja, dass vorher über die Stadtbahn entschieden werden müsste. Das hält Stadtrat Rothacker nicht für möglich. Er schlägt deshalb vor, die weiteren Projektplanungen zum ZOB ohne die Stadtbahn fortzuführen.

BM **Ilk** betont in diesem Zusammenhang, dass lediglich eine System-Entscheidung zur Stadtbahn benötigt werde, nicht ihre komplette Errichtung.

Stadträtin **Burkhardt** vertritt die Meinung, dass die diversen Anregungen bei der Planwerkstatt keine Grundlage für eine Entscheidungsvorlage sein können. Sie bemerkt, dass in den vergangenen Jahren Einzelentscheidungen über den Bahnhof getroffen wurden, die die Probleme in diesem Bereich verschlechtert haben. Am Bahnhofsvorplatz gebe es nach Ansicht von Stadträtin Burkhardt keine klare Regelung für die beteiligten Verkehrsteilnehmer (Radfahrer, Fußgänger, Busse und Autos). Es sei jedoch dringend notwendig, hierfür eine gute Regelung zu finden, um weiter zu kommen. Zu den vorhandenen Problemen am Bahnhof reiht Stadträtin Burkhardt auch das Nichtvorhandensein einer behindertengerechten Anbindung des S-Bahngleises nach Stuttgart. Hinzu komme das Thema der Stadtbahn. Stadträtin Burkhardt sieht keinen Platz hierfür auf dem Bahnhofsvorplatz. Sie erinnert bei dieser Gelegenheit, dass sie mehrfach die Führung der Stadtbahn über die Friedrichstraße und die Schwieberdinger Straße vorgeschlagen habe. Darüber sei jedoch noch nie diskutiert worden. Stadträtin Burkhardt ist überzeugt, dass ein Gesamtverkehrskonzept für die Stadt dringend benötigt sei, um die existierenden Grundsatzprobleme zu lösen indem alle verkehrlichen Aspekte miteinander vernetzt werden.

Stadtrat **Lettrari** sieht die Hochflurvariante der Stadtbahn kommen. Er informiert, dass im Bauausschuss des Landkreises Ludwigsburg vor Kurzen darüber beraten wurde. Zu den Kosten sagt Stadtrat Lettrari, die Stadtbahn würde rund 200 Millionen Euro kosten. Es sei mit einer Förderung in Höhe von circa 150 Millionen Euro zu rechnen, so dass auf die am Stadtbahnprojekt beteiligten Kommunen 50 Millionen Euro an Kosten zu verteilen wären. Stadtrat Lettrari fragt, ob es bereits einen Termin für eine Bürgerinformationsveranstaltung zu diesem Thema gebe. Zudem fragt er, ob die Verwaltung andere Städte, die solche Projekte bereits realisiert haben, nach ihren Erfahrungen befragt habe.

BM **Ilk** verspricht, dass die Stadt eine umfassende Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger anbieten werde, allerdings erst nach der Infofahrt nach Straßburg.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt den Bericht zur Kenntnis.

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) stellt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, kurz dar, wofür das Projekt Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg (ZIEL) steht, was bisher im Rahmen des Projektes erfolgt ist und welche Ziele damit die Stadt verfolgt. Er erläutert zudem das weitere geplante Vorgehen.

Am 30.09.2015 habe der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, alle verkehrsfunktionalen Fragen ergebnisoffen zu untersuchen. Das Büro Hupfer Ingenieure habe in der Zwischenzeit intensiv an der Auswertung der Parkierungsdaten und dem Verkehrsmodell gearbeitet, um eine belastbare Datengrundlage bereitstellen zu können. Dabei wurden noch aktuelle Daten des Parkleitsystems aus dem Jahr 2015 erfasst und eingearbeitet. Vor allem die Werte vom Oktober 2015 mit der Eröffnung des Marstall, dem verkaufsoffenen Samstag und Sonntag (03. und 04.10.2015) und dem Kastanienbeutelfest sowie den folgenden Samstagen seien für die Ludwigsburger Innenstadt eine besondere Herausforderung gewesen. Daher wurden diese wichtigen Daten noch zusätzlich ausgewertet und analysiert. Alle somit gewonnenen Daten böten eine aussagekräftige Grundlage für die Auslastung der Erschließungsstraßen und Parkierungsanlagen in der Innenstadt. Des Weiteren wurden im Dezember 2015 mittels Videoerhebung die Einfahrten der Parkierungsanlagen Rathaus- und Akademiegarage aufgezeichnet und ausgewertet. Mit diesen Daten konnte das Büro Hupfer Ingenieure die kritischen Parkierungszeiten gerade in der Weihnachtszeit auswerten, das Parkierungsverhalten der Tiefgaragenkunden analysieren und wichtige Erkenntnisse für die Mathildenstraße gewinnen. Auch das Verkehrsmodell für die Innenstadt wurde um die Werte des Marstalls, der Parkierungsanlagen und der Verkehrserhebung 2013 ergänzt und auf das Prognosejahr 2030 angepasst.

Anschließend erläutert Herr **Prof. Hupfer** (Büro Hupfer Ingenieure) anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die Beurteilung der Parkraumsituation, die Ergebnisse der Vorabprüfungen und die Untersuchung der Planfälle.

Vor Eröffnung der Aussprache sagt BM **Ilk**, dass die Verwaltung zwei Planfälle näher untersuchen möchte. Der Ausschuss soll nun vorschlagen welche. Nach der Untersuchung sollen die beiden Planfälle erneut intensiv diskutiert werden und das Ergebnis der Beratung in dem geplanten Wettbewerb einfließen.

Stadtrat **Noz** erklärt, dass eine vernünftige Radweganbindung zum Campus unablässig sei. Wenn jedoch der Verkehr von der Alleenstraße auf die Mathildenstraße gebracht werde, dann verstehe er nicht, wie der Fahrradverkehr von der Schillerstraße an den Campus geleitet werden soll. Es stelle sich zudem die Frage, wie der Radverkehr aus westlicher Richtung über die Myliusstraße gelenkt werden soll, wenn die Alleenstraße zur Fahrradstraße umgewandelt werde. Laut Stadtrat Noz sei eine vernünftige Lösung für den ÖPNV dringend notwendig. Dieser müsste erweitert und das Angebot insgesamt verbessert werden. Nach Ansicht der CDU-Fraktion würde sich ein störungsfreier Individualverkehr sehr positiv auf die Zahl der Besucher und Kunden in der Innenstadt auswirken. Darüber hinaus sollte darauf geachtet werden, dass ausreichend Parkplätze in der Innenstadt vorhanden seien, weil diese auch von vielen Betrieben der Innenstadt für ihre Mitarbeiter benötigt werden. Selbstverständlich sollte das Erscheinungsbild der Innenstadt attraktiv bleiben. Die CDU-Fraktion bevorzuge eine Parkierung in der sogenannten großen Lösung, die sich über den Schillerplatz, den Arsenalplatz und dem Zeughausplatz erstreckt. Somit würde man den ruhenden Verkehr von der Myliusstraße und der Schillerstraße

rausnehmen können und die Stadt hätte zudem die Möglichkeit, eine attraktivere und größere Tiefgarage, die den aktuellen

TOP 2.2

Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg  
(ZIEL)

Vorl.Nr. 038/16

Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung:  
Parkraumsituation, Vorabprüfungen und Planfälle

---

Bauforderungen entspricht, in der Innenstadt zu platzieren. Die unmittelbare Nähe zum Einzelhandel und zur Gastronomie der Innenstadt wäre für die Kunden und Besucher gewährleistet. Auch die Verknüpfung des Bahnhofs mit dem Marstall könnte dadurch leichter bewältigt werden. Laut Stadtrat Noz könnte sich die Fraktion sogar vorstellen, dass man im Bahnhofparkhaus oder im Parkhaus in der Aspergerstraße auf Parkierung verzichtet, wenn die benötigten Investitionssummen für die Instandhaltung und Sanierung dieser Parkhäuser zu hoch sein sollten. Diese Flächen könnten dann anders vermarktet und genutzt werden. Bezüglich der Anbindung der Wilhelmstraße mit der Eberhardstraße und der Körnerstraße erinnert Stadtrat Noz an einen bereits vorliegenden Antrag der Freien Wähler zur Errichtung eines Kreisverkehrs in diesem Bereich.

Stadtrat **Gericke** sagt, dass die Grünen-Fraktion den Planfall „Arsenalplatz ohne Parken und ohne Durchgangsverkehr“ favorisiere und diesen vertieft untersucht und weitergeplant sehen möchte. Zudem möchte die Fraktion wissen, wie die Verwaltung den Aufwand für diese Planvariante einschätzt. Nach dem Willen der Grünen soll der Arsenalplatz künftig dem Umweltverbund, also dem ÖPNV, den Radfahrern und Fußgängern, zur Verfügung stehen. Die Modellergebnisse der durchgeführten Untersuchung legen nahe, dass die Herausnahme des Durchgangsverkehrs aus der zentralen Innenstadt verkehrlich beherrschbar sei und dass das Erschließungssystem der Innenstadt entlang des Parkrings hinreichend Reserven und Möglichkeiten der Verkehrs-abwicklung biete. Zudem habe die Untersuchung eindeutig erweisen, dass in der Kernstadt kein Bedarf für zusätzliche Parkplätze bestehe. Die Grünen-Fraktion wünscht, dass geprüft werde, wie die bereits vorhandenen Parkmöglichkeiten noch besser ausgenutzt werden könnten. Die Kosten für ein neues Parkhaus wären zu hoch. Die Grünen möchten das Geld anders zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt investieren, beispielsweise indem der ÖPNV gestärkt oder mehr Aufenthaltsqualität in den öffentlichen Plätzen geschaffen werde. Nach Meinung der Grünen sei die Zeit reif für einen grünen Arsenalplatz. Dieser sei als Parkplatz zu schade. Viel lieber würden die Grünen hier Liege- und Sitzgelegenheiten sehen, großzügig angelegte Gehwege sowie Platz für Open-Air-Kino. Dadurch würden sich die Menschen wohler fühlen mitten in der Stadt und würden gerne wieder kommen, um das Dienstleistungsangebot und das Angebot des Einzelhandels vor Ort zu nutzen. Auf den Schillerplatz könne sich die Fraktion die Nachpflanzung großkroniger Bäume vorstellen. Das würde selbstverständlich nur ohne Tiefgarage in diesem Bereich möglich sein, damit die Bäume tief wurzeln können. Ein gutgefasster Schillerplatz könnte die vielfältigen Verkehrsfunktionen besser bewältigen, gerade dann, wenn weniger Platz für querende Autos benötigt würde. Im gesamten Umfeld von ZIEL müssten aus Sicht der Grünen großzügige Fußgängerüberwege mit kurzen Wartezeiten geschaffen werden. Insbesondere in der Kreuzung von Schillerstraße und Solitudestraße bestehe Handlungsbedarf. Bezug nehmend auf die Alleenstraße sagt Stadtrat Gericke, dass in unmittelbarer Nähe zum Innenstadt Campus bessere Bedingungen für Radfahrer notwendig seien. Hinzu komme der Aspekt der Verkehrssicherheit. Die Schülerinnen und Schüler, die mit dem Fahrrad zur Schule fahren, bräuchten sichere Radwege. Im Rahmen vom ZIEL müsse eine durchgehende und sichere Verbindung auf der Achse Schillerstraße und Mathildenstraße geschaffen werden. In der Alleenstraße passieren viele Radunfälle, weil Schüler beim Abbiegen zu den Schulen den Autoverkehr oder den Gegenverkehr aus zwei Richtungen kreuzen müssen. Die Grünen-Fraktion hätte gerne, dass die Alleenstraße zur Fahrradstraße umgewidmet wird. Insbesondere der Abschnitt zwischen der Solitudestraße und der B27 müsse schnell umgestaltet werden.

Laut Stadtrat **Juranek** könne sich auch die SPD-Fraktion die Umwandlung der Alleenstraße in eine Fahrradstraße gut vorstellen. Der Verkehr in der Innenstadt müsse neu gedacht werden. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt die Weichen hierfür zu stellen, beispielsweise durch das Sperren der Arsenalstraße für den Autoverkehr, was sich unmittelbar auf den gesamten Verkehrsfluss

TOP 2.2

Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg  
(ZIEL)

Vorl.Nr. 038/16

Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung:  
Parkraumsituation, Vorabprüfungen und Planfälle

---

auswirken würde. Die Überlegungen mit dem Linksabbiegen von der Wilhelmstraße verkomplizieren den Verkehr in diesem Bereich. Die SPD-Fraktion wünsche sich eine Reduktion des Verkehrs in eben diesem Bereich, was durch die Sperrung der Arsenalstraße erreicht würde. Zudem soll der Zu- und Abfahrtsverkehr zu den Parkhäusern verbessert werden ohne die Innenstadt zu tangieren. Die SPD-Fraktion schlage deshalb vor, dass ein Planfall ohne Durchgangsverkehr weitergeprüft werde und möglicherweise auch eine Lösung mit einem Parkhaus, eventuell unter dem Schillerplatz – besser jedoch unter dem Zeughausplatz. Für spezielle Fälle, z.B. für größere Events am Wochenende, sollte eine Parkraumkonzeption entwickelt und in das bestehende Leitsystem integriert werden.

Stadtrat **Rothacker** bekräftigt die Machbarkeit der Linksabbiegung von der Wilhelmstraße in die Körnerstraße und die Eberhardtstraße. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den von der Fraktion der Freien Wähler gestellten Antrag zu diesem Thema. Laut Stadtrat Rothacker spreche nichts dagegen, die Alleenstraße zeitweise von 7:00 bis 14:00 Uhr für den Autoverkehr zu sperren, damit der Fahrradverkehr freie Fahrt hat. Kritischer sieht er dagegen die Umwandlung der Seestraße zur Fahrradstraße. Sollte nämlich die Alleenstraße für den Autoverkehr gesperrt werden, wäre für die Autofahrer die Seestraße die einzige Zuführung in Richtung Alleenstraße. Laut Stadtrat Rothacker bevorzuge die Freie Wähler-Fraktion den Planfall „Prognose Nullfall“ und sei strikt gegen einen Durchgangsverkehr. Auch sehe die Fraktion keine Notwendigkeit für eine neue Tiefgarage in der Innenstadt, da genügend Parkraum vorhanden sei. Lediglich an Event-Weekenden komme es zu Engpässen bei den Parkplätzen. Die Freien Wähler sprechen sich dafür aus, den Arsenalplatz durch eine teilweise Begrünung zu verschönern. Die sich dort befindenden oberirdischen Parkplätze sollten aber erhalten bleiben, denn sie seien wichtig für die Innenstadt und würden gerne von Kunden und Gästen als Kurzzeitparkplätze genutzt. Stadtrat Rothacker bemerkt zudem, dass es in der Vergangenheit einen Feuersee am Schillerplatz gegeben habe. Das könnte die Arbeiten zur Erstellung einer Tiefgarage dort erschweren. Darüber hinaus stelle sich für ihn die grundsätzliche Frage, wie all die vorgeschlagenen Maßnahmen finanziert werden sollen.

Stadträtin **Burkhardt** ist der Meinung, dass es in der Innenstadt ausreichend Parkplätze gibt. Notwendiger wäre, den gesamten Bereich zwischen der Wilhelmstraße und der Einmündung Eberhardtstraße und Arsenalstraße – inklusive dem Arsenalplatz – für den Autoverkehr zu sperren. Dies wäre ein großer Gewinn für die Gestaltung der Innenstadt. Man würde Flächen gewinnen, die man zu Grünflächen oder zu Radwegen unnützen könnte. Stadträtin Burkhardt könnte sich auch gut vorstellen, die Sperrung des Arsenalplatzes für ein Jahr mit begleitenden Untersuchungen durchzuführen. Diese Maßnahme wäre ihrer Ansicht nach sinnvoller und weniger kostenintensiv als ein Wettbewerb. Die Errichtung einer Fahrradstraße findet ihre Zustimmung. Allerdings stelle sich ihr die Frage, wo genau in der Innenstadt eine solche Straße zweckmäßig wäre. Aktuell erscheine die Errichtung eines Fahrradparkhauses auf dem Schulcampus sinnvoller zu sein. Stadträtin Burkhardt erinnert daran, dass sie bereits einen Antrag zur Errichtung eines Fahrradparkhauses gestellt habe. Eine verbindliche Antwort darauf möchte sie gerne noch in diesem Jahr bekommen. Sie plädiert dafür, folgende Optionen ausführlicher zu untersuchen: a) die Sperrung der Wilhelmstraße und der Arsenalstraße mit allen daraus resultierenden Folgen für die umliegenden Straße und b) die Folgen die der Erhalt der Durchfahrt mit einer Tiefgarage



unterhalb des Schillerplatzes und des Arsenalplatzes haben würde.

BM **Ilk** versucht alle hervorgebrachten Meinungen zusammenzufassen. Eine Option, die ausführlicher untersucht werden sollte, wäre die sogenannte große Lösung mit einer Tiefgarage am Schillerplatz und Arsenalplatz sowie Durchgangsverkehr. Die Zweite Option wäre keine Tiefgarage zu erstellen und keinen Durchgangsverkehr zu haben. Die restlichen hervorgebrachten Meinungen

TOP 2.2

Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg  
(ZIEL)

Vorl.Nr. 038/16

Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung:  
Parkraumsituation, Vorabprüfungen und Planfälle

---

können nach Ansicht von BM **Ilk** zwischen diesen beiden Meinungen platziert werden. Wenn man diese beiden Optionen näher untersuchen würde, hätten man Ergebnisse zur Verfügung, die man bei Bedarf abschichten könnte.

Herr **Prof. Hupfer** betont, dass bei den weiteren Untersuchungen zwei Sachen insbesondere eruiert werden müssen: a) der Flächennachweis der erforderlichen Einrichtungen und b) die Verkehrstechnischen Herausforderungen.

Stadtrat **Noz** sagt, dass sich die Kreissparkasse bei der Errichtung einer Tiefgarage am Schillerplatz womöglich an den Kosten beteiligen würde.

Zur vorgeschlagenen Sperrung der Wilhelmstraße gibt Stadtrat **Remmele** zu bedenken, dass die Stadt eine neue Wohnbebauung im Bereich der Fuchshofstraße plane und sich auch Gedanken über das Hartenecker Feld mache. Gleichzeitig werde die Abführung des Verkehrs aus den östlichen Wohngebieten in Richtung Westen nicht ausreichend bedacht. Die meisten Leute aus den östlichen Wohngebieten fahren aktuell über die Wilhelmstraße. Sollte diese gesperrt werden, würde der gesamte Verkehr auf die Stuttgarter Straße verlagert werden.

Stadtrat **Gericke** ist überzeugt, dass ein smartes Parkraummanagement sehr hilfreich sein könnte. Er bittet die Verwaltung, nach der Untersuchung eine Vorlage zu erstellen, in der die weiteren Arbeitspakete und auch eine Kosteneinschätzung dargestellt sind. Die Maßnahme der Umwidmung der Alleenstraße zur Fahrradstraße könnte seiner Meinung nach losgelöst vom Rest baldmöglichst in Angriff genommen werden. Schließlich gebe es im Gremium Überstimmung hierfür.

Stadträtin **Liepins** erinnert daran, dass bereits in der Vergangenheit Versuche zur Erstellung eines Gesamtverkehrsplans unternommen wurden. Man sei jedoch nicht weitergekommen, weil die Meinungen der Fraktionen und Gruppen bezüglich der Frage, wie die Verkehrsströme in der Innenstadt gelenkt werden sollen, stark divergiert haben. Die Errichtung einer Fahrradstraße in der Alleenstraße wäre nach Meinung von Stadträtin **Liepins** umsetzbar. Wenn man mit dieser Maßnahme beginnen würde, könnte man gut beobachten, welche Konsequenzen dies für den Autoverkehr hat. Wenn man ernsthaft von einer Tiefgarage am Schillerplatz und Arsenalplatz ausgehe und die Alleenstraße gleichzeitig für den Fahrradverkehr umgewidmet werden soll, dann würde der gesamte Verkehr auf der Schillerstraße und der Mathildenstraße abgewickelt werden müssen. Das kann sich Stadträtin **Liepins** jedoch nicht vorstellen. Zudem bemerkt sie, dass es bislang keine klare Zusage der Kreissparkasse für eine finanzielle Beteiligung an einer eventuellen Parkierung am Schillerplatz gebe.

BM **Ilk** bemerkt, dass die Verwaltung diesbezüglich in Kontakt mit der Kreissparkasse sei. Über eine finanzielle Beteiligung der Bank würde man jedoch erst dann konkret verhandeln, wenn die Planung ausgereift sei.

Stadträtin **Burkhardt** ist überzeugt, dass konkrete Zahlen benötigt werden, damit man mit dem Projekt zu Ende kommen kann.

Stadtrat **Meyer** bittet darum, alle vom Projekt Betroffenen, beispielsweise, Händler, Dienstleister, Anwohner, aber auch den Beirat Innenstadt-Offensive oder die ARGE-Campus in Form eines Workshops miteinzubeziehen.

BM **Ilk** erklärt, man werde zunächst zwei Planfälle näher untersuchen und anschließend

TOP 2.2

Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg  
(ZIEL)

Vorl.Nr. 038/16

Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung:  
Parkraumsituation, Vorabprüfungen und Planfälle

---

mit diesen ins Beteiligungsverfahren eintreten und die Fragen der Beteiligten beantworten.

Stadträtin **Dr. Knoß** möchte wissen, ob eine zeitlich begrenzte Sperrung der Alleenstraße für den Autoverkehr zwischen der Solitudestraße und der Seestraße baldmöglichst mit Pollern erfolgen könnte.

BM **Ilk** zweifelt an der Effektivität einer solchen Vorgehensweise. Er versichert, dass der Sachverhalt vorgezogen und unabhängig von der Tiefgarage und dem Durchgangsverkehr in einer künftigen Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt beraten werde.

Stadträtin **Dr. Knoß** schlägt darüber hinaus vor, die Attraktivität der nicht so zentral gelegenen Parkhäuser durch günstigere Preise zu steigern.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung (Parkraumsituation, Vorabprüfungen und Planfälle) zur Kenntnis.